

WG

Landkreis

Wählergemeinschaften des Landkreises Celle

- bürgerlich und unabhängig -



Kreistagsfraktion

Herrn Landrat
Klaus Wiswe
Trift 26
29221 Celle

Celle, 27.5.2010

Sehr geehrter Herr Landrat,

es wird beantragt, der Kreistag möge folgende Resolution fassen: §35 Baugesetz (Bauen im Außenbereich) wird dahingehend geändert, dass betroffene Kommunen in Zukunft ein Mitspracherecht erhalten, um hierdurch Einfluss auf neue Bauprojekte nehmen können.

Begründung:

Das sog. Privilegierte Bauen nach § 35 hat sich inzwischen überholt bzw. ist nicht mehr zeitgemäß. Grund für die seinerzeitige Einführung war, dass Platz in den Dorfzentren geschaffen werden sollte, um Gestaltungsmöglichkeiten für neue Infrastrukturen, wie Geschäftsansiedlungen/Wohnhäuser usw. zu schaffen. Außerdem benötigten die Landwirte neue Flächen, um sich weiter entwickeln zu können. Diese Flächen waren in den Ortschaften nicht mehr vorhanden. Durch das privilegierte Bauen wurde den Landwirten und Kommunen die Möglichkeit eröffnet, Betriebsstätten ohne besondere Auflagen aus den Ortskernen auszulagern.

Dies trifft heute so nicht mehr zu. Die heutigen landwirtschaftlichen Projekte und Bauvorhaben haben andere Dimensionen angenommen. Sie entsprechen in vielen Fällen nicht mehr bäuerlichen Investitionen, sondern entwickeln sich immer mehr zu gewerblichen Großbauvorhaben mit industriellem Charakter, die mit dem Grundgedanken des privilegierten Bauens nichts mehr gemein haben. Bei allgemeinen Bauanträgen und sei es nur eine "Gartenbank" vor der Tür des Antragstellers, wird lange und heiß darüber beraten, ob dem Antragsteller die Fläche freigegeben werden kann. Es wird von Bürgern und Verwaltung um jeden Quadratmeter Land gekämpft. In der Gemeinde Eldingen wollte vor einiger Zeit eine kleine Metallbaufirma auf einer ehemaligen landwirtschaftlichen Hofstelle ihren Betrieb errichten. Das Projekt wurde vom Landkreis abgelehnt, weil der Hof schon seit einiger Zeit nicht mehr im vollen Umfang bewirtschaftet wurde. Dies ist nur ein Beispiel von vielen.

Beim privilegierten Bauen haben die Anlieger und auch die Gemeinden keinerlei Einspruchsrecht. Sie können keinen Einfluss auf das zukünftige Bauprojekt nehmen. Das passt nicht mehr in die heutige Zeit! In der Ortschaft Grebshorn gibt es z. Zt. im Ortskern eine Biogasanlage und eine Schweinemastanlage. Außerhalb der Ortschaft wird schon seit einigen Jahren ein Schweinemaststall betrieben. Dieser soll nun von ca. 2000 auf 6000 Schweine aufgestockt werden. Außerdem wurde jetzt ein Antrag für einen Hähnchenmaststall gestellt und der Bau einer zweiten Biogasanlage ist auch schon angemeldet. Es leben hier Bürger, die schon in der dritten, vierten Generation ansässig sind. All diese Bürger haben keinerlei Chance sich gegen die nun geallt auftretende Geruchsbelästigung und auch gegen den gestiegenen Lärm zu wehren. Ihre schöne, ruhige alte Ortschaft wird nun durch die landwirtschaftliche Industrialisierung nachhaltig verändert und auf massivste Weise negativ beeinträchtigt.

Bei allen normalen Bauvorhaben wird die „Messlatte“ sehr hoch gelegt –nur beim privilegierten Bauen existieren fast keine Einschränkungen. Daher wird beantragt, der Kreistag möge beschließen, diese Resolution zu fassen und der niedersächsischen Landesregierung vorzulegen bzw. diese an die Bundesregierung weiterzuleiten.

Gez. Eberhard Valentin (Fraktionsvorsitzender) und Wolfgang Kopmann (Kreistagsabgeordneter)

Fraktionsgeschäftsführer:

Torsten Schoeps, Jagdweg 29, 29227 Celle,
Tel. 05141/86667- Fax 887761,
E-Mail: torsten-schoeps@t-online.de